

Protokoll des Unterbezirksparteitages am 08. November 2005

Beginn: 18.00 Uhr

TOP 1: Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende des Unterbezirks Düsseldorf, Peter Knäpper, eröffnet den Parteitag und begrüßt die anwesenden Delegierten, die Gastdelegierten, die Gäste sowie die Presse. In seiner Eingangsrede nimmt Peter Knäpper Stellung zur Situation in Berlin, aber auch auf die Neupositionierung der NRWSPD und auch den Aktivitäten des Unterbezirks. Peter Knäpper teilt den Delegierten mit, dass wegen eines dringenden Termins der Landesvorsitzende Jochen Diekmann leider verhindert ist. Für ihn eingesprungen ist der stellvertretende Landesvorsitzende, Karl Schultheis aus Aachen.

TOP 2: Wahl der Sitzungsleitung

Peter Knäpper schlägt für die Sitzungsleitung vor:

Markus Weske

Susanne Garn und

Ralf Thomas.

Da vom Unterbezirksausschuss bis zum Beginn des Parteitages keine Schriftführer vorgeschlagen wurden bittet Peter Knäpper um Meldungen aus dem Kreis der anwesenden Delegierten.

Es melden sich

Maria Tobias Witt und

Harald Walter.

Die vorgeschlagenen Kandidaten werden alle einstimmig in die Sitzungsleitung gewählt.

Die Sitzungsleitung nimmt ihre Arbeit auf.

TOP 3: Die Sitzungsleitung schlägt die Mitglieder der Antragskommission vor (siehe Anlage). Der Parteitag folgt dem Vorschlag einstimmig.

TOP 4: Der Parteitag stimmt der vorgeschlagenen Tagesordnung einstimmig zu.

TOP 5: Es erfolgen keine Wortmeldungen zum TOP Aktuelles und Anfragen

TOP 6: Karl Schultheis, MdL, stellv. Vorsitzender der NRWSPD
„Neu aufstellen für einen gemeinsamen Erfolg“
Referat

TOP 7: Aussprache zum Referat.

Es erfolgen diverse Wortbeiträge, auf die im Anschluß Karl Schultheis eingeht.

Da nicht alle Anträge den Delegierten bis zu diesem Zeitpunkt vorliegen werden die Berichte der Bundestagsabgeordneten Michael Müller und Karin Kortmann, zum Stand der Verhandlungen zur großen Koalition in Berlin, vorgezogen.

TOP 8: Beratung und Beschlussfassung über vorliegende Anträge

a) Satzungsantrag

**Antrag des Unterbezirksvorstandes:
Änderung des § 11 (8) Satz 1 der UB-Satzung**

Dem Antrag wird zugestimmt.

**Antrag der Ortsvereine Altstadt-Stadtmitte, Pempelfort und Derendorf-Golzheim
(Stadtbezirk 1):
Änderung im § 8 (7) der Satzung**

Dem Antrag wird zugestimmt.

b) weitere Anträge

Antrag des OV Freiheit zu regelmäßiger Berichterstattung über die finanzielle Situation des UB.

Auf Anfrage teilt der Antragsteller mit, der Antrag möge derzeit nicht behandelt werden. Der Antragsteller will die vom UB-Vorstand beschlossene Vorgehensweise prüfen und dann den Antrag gegebenenfalls erneut vorlegen.

**Antrag der Ortsvereine Altstadt-Stadtmitte, Pempelfort und Derendorf-Golzheim
(Stadtbezirk 1):**

1. Zur besseren Ausnutzung von Möglichkeiten der Mitentscheidung für die Bezirksvertretungen, insbesondere im Hinblick auf die Haushaltsberatungen und die Verfügungsgewalt über Haushaltsmittel (Ausschöpfung von Haushaltsmitteln).

2. Der AK „Demokratie in der Kommune“ des Projekts „Vision für Düsseldorf“ wird beauftragt, darüber hinaus Überlegungen anzustellen, wie die Rechte der Bezirksvertretungen in der Gemeindeordnung NRW weiter gestärkt werden können. (genauer Wortlaut des Antrages – siehe Antragstext)

Dem Antrag wird zugestimmt.

**Initiativantrag des Unterbezirksvorstandes zur Situation nach Ankündigung des Rücktritts des SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering.
(genauer Wortlaut des Antrages – siehe Antragstext)**

Peter Knäpper erläutert die Gründe, die den UB-Vorstand dazu bewogen haben, einen solchen Antrag zu formulieren.

Im Anschluss an die Erläuterungen durch den Vorsitzenden entwickelt sich eine rege Diskussion, an der eine Vielzahl Delegierte sich beteiligen.

Zum Ende der Diskussion fasst Markus Weske die Wortbeiträge zusammen und präsentiert die unterschiedlichen Anträge zum Initiativantrag.

Diese Änderungsanträge werden der Reihe nach zur Abstimmung gebracht (liegen Markus Weske vor).

Aus den Abstimmungsergebnissen ergibt sich folgender Text:

1. Aus dem Initiativantrag wird mit Einverständnis des Antragstellers eine Resolution
2. Mit großem Bedauern nimmt der UB Düsseldorf die Entscheidung von Franz Müntefering, nicht mehr für den Vorsitz der SPD zu kandidieren, zur Kenntnis. Die SPD verdankt Franz Müntefering sehr viel. Nicht zuletzt hat er gemeinsam mit Gerhard Schröder erfolgreich für ein nicht mehr erwartetes Wahlergebnis bei den letzten Bundestagswahlen gekämpft und als Verhandlungsführer der SPD in den Koalitionsverhandlungen seine Qualitäten bewiesen. Der UB Düsseldorf begrüßt daher ausdrücklich die Ankündigung von Franz Müntefering, als Arbeitsminister und Vizekanzler in einer von einer großen Koalition getragenen Bundesregierung mit zu arbeiten. Der UB Düsseldorf begrüßt die Kandidatur von Matthias Platzeck als Vorsitzender und von Kurt Beck als „1. stellvertretender Vorsitzender“. Der Bundesparteitag in Karlsruhe wird aufgefordert, ihnen dafür das Vertrauen auszusprechen.

Die Antragsberatungskommission hat noch einen Antrag des OV Oberbilk angenommen und in die Beratung gegeben:

Thema: Bekämpfung der Schwarzarbeit.

Antragstext:

Partei Vorstand und SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass bei den Koalitionsverhandlungen mit der CDU, Einigung darüber erzielt wird, zur Bekämpfung der Schwarzarbeit folgende gesetzliche Regelung zu schaffen:

„Privathaushalte, die Leistungen durch Handwerker in Anspruch nehmen, können die dafür ausgestellten Rechnungen bis zu einem Höchstsatz steuerlich geltend machen. „
oder

„Rechnungen von Handwerkern über legal geleistete Arbeit in Privathaushalten werden von der Mehrwertsteuer befreit.“

Der Antrag wird beraten.

Die Antragsberatungskommission schlägt Änderungen vor:

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert zur Bekämpfung der Schwarzarbeit folgende gesetzliche Regelung zu schaffen:

Privathaushalte, die Leistungen durch Handwerker in Anspruch nehmen, können die dafür ausgestellten Rechnungen bis zu einem Höchstsatz steuerlich geltend machen.

Aus den Wortbeiträgen auf dem Delegiertentag ergeben sich folgende Änderungsvorschläge, die dem Delegiertentag zur Abstimmung gebracht werden:

Nach verschiedenen Einzelabstimmungen beschließt der UB-Parteitag:

Partei Vorstand und SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass bei den Koalitionsverhandlungen mit der CDU, Einigung darüber erzielt wird, zur Bekämpfung der Schwarzarbeit folgende gesetzliche Regelung zu schaffen:
Privathaushalte, die Leistungen durch Handwerker in Anspruch nehmen, können die dafür ausgestellten Rechnungen bis zu einem Höchstsatz steuerlich geltend machen.

TOP 9: Peter Knäpper beendet den Parteitag mit einem Schlusswort und verabschiedet die Delegierten.